

Höhere Steuern für Mittelstand und KMU?

NEIN!
ZUR PAUSCHALBESTEUERUNGS-
INITIATIVE

30. November 2014
www.hoehere-steuern-nein.ch

- **Nein zu Steuerausfällen in Milliardenhöhe**
Wenn die Pauschalbesteuerung abgeschafft wird, drohen Steuerausfälle von über 1 Milliarde Franken. Mittelstand und KMU werden zur Kasse gebeten.
- **Nein zur Gefährdung von KMU und zur Vernichtung von Arbeitsplätzen**
Insbesondere in ländlichen Regionen und Berggebieten verlieren KMU Investitionen und Aufträge. 22 000 Arbeitsplätze sind gefährdet.
- **Nein zur Entmündigung der Kantone**
Jeder Kanton soll selber entscheiden, ob er die Pauschalbesteuerung beibehalten will oder nicht. Die Initiative tritt den Föderalismus und die kantonale Steuerhoheit mit Füssen.
- **Nein zu finanziellen Einschnitten bei sozialen Institutionen und Kulturveranstaltungen**
Wohltätige Institutionen und die betroffenen Menschen verlieren wichtige Geldgeber. Kultur- und Sportveranstaltungen droht das finanzielle Ende.

Erfolgsmodell Schweiz

In der Schweiz werden rund 5500 wohlhabende Personen aus dem Ausland pauschal besteuert, weil sie keine Erwerbstätigkeit in der Schweiz ausüben. Diese Personen sind äusserst wichtig für die Schweizer Volkswirtschaft. Sie bezahlen Steuern in der Höhe von rund 1 Milliarde Franken, erhalten rund 22 000 Arbeitsplätze und finanzieren zahlreiche gemeinnützige Projekte. Wird die Pauschalbesteuerung abgeschafft, setzen wir diese Vorzüge fahrlässig aufs Spiel. Weil Pauschalbesteuerte sehr mobil sind – die grosse Mehrheit hat einen Zweitwohnsitz im Ausland – drohen höhere Steuern und der Abbau von Arbeitsplätzen. Zahlreiche gemeinnützige Projekte sowie Kultur- und Sportveranstaltungen wären gefährdet.

Nein zu höheren Steuern für Mittelstand und KMU

Diese Initiative betrifft jede und jeden von uns. Mit der Abschaffung der Pauschalbesteuerung verzichten wir freiwillig und ohne Not auf 1 Milliarde Franken Steuereinnahmen, die wohlhabende Ausländer in der Schweiz bezahlen. Um das Milliardenloch zu stopfen, würden stattdessen die Schweizer Bürgerinnen und Bürger und die KMU zur Kasse gebeten.

Gleichzeitig geraten Abzüge von sämtlichen Steuerzahlern unter Druck. Abzüge für Beiträge in die Altersvorsorge, Kinderabzüge oder für private Schuldzinsen werden in Frage gestellt.

Nein zur Gefährdung von KMU und zur Vernichtung von Arbeitsplätzen

Pauschal besteuerte Personen sind wichtige Investoren und Konsumenten. Eine Studie der eidgenössischen Steuerverwaltung schätzt die jährlichen Ausgaben auf 3 Milliarden Franken. Damit sind rund 22 000 Arbeitsplätze, davon viele in Berggebieten und ländlichen Regionen, direkt mit der Anwesenheit von Pauschalbesteuerten verbunden. Diese Arbeitsplätze sind gefährdet, wenn wir die zahlungskräftigen pauschal besteuerten Personen aus der Schweiz vertreiben. Dem Gewerbe und den Gemeindekassen drohen schmerzliche Umsatz- und Steuerverluste.



nicht gefährden



Nein zu finanziellen Einschnitten bei sozialen Institutionen und Kulturveranstaltungen

Behinderte Menschen, ältere Personen und Hilfsbedürftige sind die grossen Verlierer, wenn mit der Abschaffung der Pauschalbesteuerung wichtige Unterstützungsquellen versiegen. Auch verschiedenen Kultur- und Sportveranstaltungen droht das finanzielle Ende. Sie alle profitieren heute von Sponsorengeldern für kulturelle, soziale und karitative Zwecke in der Höhe von 470 Millionen Franken. Diesen wohltätigen Institutionen und den betroffenen Menschen wird mit der Abschaffung der Pauschalbesteuerung der Boden unter den Füßen weggezogen.

Was ist die Pauschalbesteuerung?

- ★ Die Pauschalbesteuerung ist an klare Bedingungen geknüpft. Sie richtet sich einzig an wohlhabende Personen aus dem Ausland, die in der Schweiz keiner Erwerbstätigkeit nachgehen.
- ★ Die Steuer wird anstatt auf dem Einkommen aufgrund der Ausgaben in der Schweiz berechnet. Ab 2016 sind dies mindestens 400 000 Franken. Es gelten dabei die gleichen Tarife wie für alle Steuerpflichtigen.
- ★ Die Schweiz profitiert volkswirtschaftlich und steuerlich von der Pauschalbesteuerung.
- ★ Es gibt keinen internationalen Druck, dieses Steuersystem abzuschaffen. Modelle wie die Pauschalbesteuerung kennen viele europäische Länder, beispielsweise Österreich, Belgien, Portugal oder Grossbritannien.
- ★ Eine Verschärfung der Pauschalbesteuerung in der Schweiz ist bereits beschlossen und bringt ab 2016 gemäss ersten Annahmen zusätzlich 300 Millionen Franken Steuereinnahmen.



Co-Präsidium Aargauisches Komitee

«Auch der Aargau ist betroffen. Die Initiative verlangt, dass sämtliche Steuerprivilegien für natürliche Personen unzulässig sind, somit sind bei einer Annahme Abzüge für Säule 3a, Schuldzinsen und Krankenkassenbeiträge akut gefährdet.»

Thomas Burgherr, Präsident SVP Aargau
Bernhard Guhl, Präsident BDP Aargau
Roland Haldimann, Präsident EDU Aargau
Matthias Jauslin, Präsident FDP.Die Liberalen Aargau
Daniel Knecht, Präsident Aargauische Industrie- und Handelskammer
Hansjörg Knecht, Präsident, Hauseigentümerverband Aargau
Kurt Schmid, Präsident Aargauischer Gewerbeverband
Dr. Markus Zemp, Präsident CVP Aargau

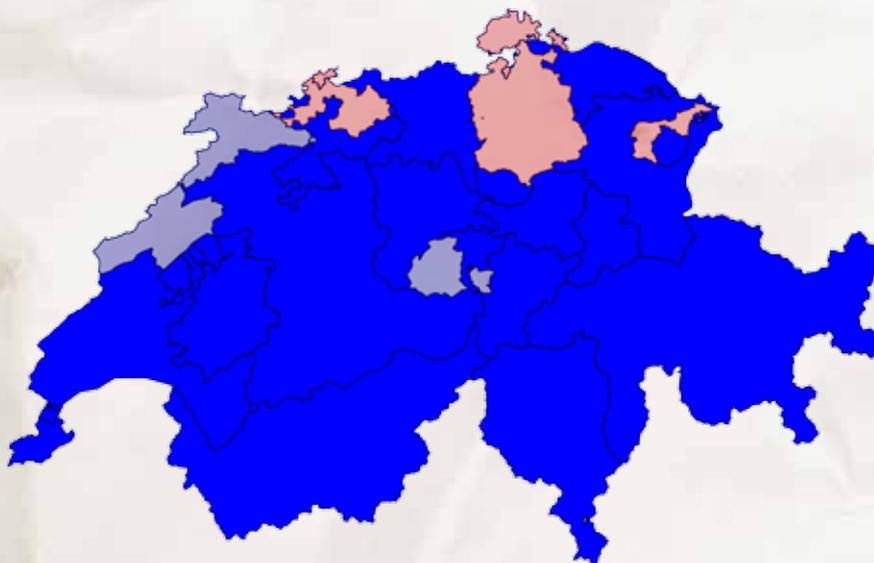
Breite Allianz sagt Nein

- Bundesrat sowie National- und Ständerat
- Kantone
- CVP, SVP, FDP, BDP, glp und Lega
- Wirtschaftsverbände (Schweizerischer Gewerbeverband sgV und economiesuisse)
- Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete
- IG Arbeitsplätze im Berggebiet

Besonders viel Opposition kommt aus den ländlichen Gebieten und den Bergregionen, wo die Abschaffung der Pauschalbesteuerung bei Investitionen, Konsum und Steuereinnahmen enormen Schaden anrichten würde.

Nein zu Zwängerei und zur Bevormundung der Kantone

Die Kantone Glarus, Thurgau, St. Gallen, Appenzell Innerrhoden, Luzern, Nidwalden, Bern, Graubünden, Waadt, Aargau, Uri, Wallis, Solothurn, Genéve, Schwyz, Freiburg, Zug und Tessin haben entschieden, dass sie die Pauschalbesteuerung beibehalten wollen. Diese Entscheide und damit der kantonale Volkswille werden von der nationalen Initiative ignoriert. Anstatt die Entscheide zu respektieren, wird der Föderalismus mit Füßen getreten. Das ist falsch. Jeder Kanton soll selber entscheiden, ob er die Pauschalbesteuerung anwenden will oder nicht. Es wäre unsolidarisch und kurzsichtig, mit der verordneten Abschaffung einzelnen Kantonen ihre Entwicklungschancen zu verbauen.



Legende:

18 Kantone haben demokratisch bei sich in den Kantonen entschieden, das System der Pauschalbesteuerung beizubehalten. Weitere 3 wenden die Pauschalbesteuerung an. Nur 5 schafften sie ab.

Zürich: Rückgang der Steuereinnahmen

Der Kanton Zürich hat die Pauschalbesteuerung 2009 abgeschafft. Innerhalb eines Jahres nach der Abschaffung haben fast 50% der pauschal besteuerten Personen den Kanton verlassen (97 von 201). Auch die steuerliche Bilanz ist negativ. Es zeigte sich gar, dass knapp die Hälfte der ehemals pauschal Besteuerten nach der Abschaffung weniger Steuern bezahlten als vorher! Während die Wirtschaftsmetropole Zürich Abgänge von wichtigen Steuerzahlern verkraften kann, wäre eine Abschaffung der Pauschalbesteuerung in ländlichen Gegenden oder Berggebieten existenzbedrohend.

Ein erneuter Angriff auf das Erfolgsmodell Schweiz

Die Schweiz ist ein Erfolgsmodell. Dank guten, wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen profitieren wir von einer rekordtiefen Arbeitslosigkeit und einem hohen Lebensstandard. Wir haben innovative und wettbewerbsfähige Unternehmen. Diese schaffen Arbeitsplätze und sind damit Grundlage unseres Wohlstands. Dieses Erfolgsmodell wird seit Monaten von links bedroht. Zuerst war es die 1:12-Initiative, dann die Mindestlohn-Initiative, nun die Pauschalbesteuerungs-Initiative. Wehren wir am 30. November den neusten Angriff auf das Erfolgsmodell Schweiz ab und stimmen wir Nein zur Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung!